

Kontrollfragen zur Vorlesung „Europäisches Wirtschaftsrecht“ – WS 2017/18

9. 1. 2018

- 1 Welche wesentlichen Ziele verfolgt die umfassende Rechtsprechung der europäischen Gerichte zu Art. 54 AEUV?
- 2 Warum verstoßen mitgliedstaatliche Regelungen, die die Wegzugfreiheit von Gesellschaften, die ihren Sitz im Inland haben, nach Auffassung des EuGHs nicht gegen Art. 54 AEUV?
- 3 Inwieweit ist nach der Rechtsprechung des EuGHs die Freizügigkeit von Gesellschaften im Sinne einer Gewährleistung der Zuzugsfreiheit gewährleistet? Welche Auswirkungen hat diese Rechtsprechung auf das innerstaatliche Recht derjenigen Mitgliedstaaten, die der Sitztheorie folgen?
- 4 Welche Funktion könnten supranationale europäische Gesellschaftsformen haben? Warum setzen sich diese Gesellschaftsformen – vergleichsweise – zögerlich durch?